

Helmut König

Der liebe Gott, »Die Zeit« und der Sozialstaat

Es geht nicht mehr nur um Distinktion und Habitus. Dort, wo Grundlagen des Sozialstaates selbst infrage gestellt werden, wird »Neue Bürgerlichkeit« zum politischen Projekt. Unser Autor antwortet auf eine Debatte, in der religiöse Konfusion und die geistige Demontage des Sozial- und Steuerstaates zusammenfallen.

Helmut König

(* 1950) Professor für Politische Wissenschaft an der RWTH Aachen.
Zuletzt erschien:
Politik und Gedächtnis,
Weilerswist 2008.

Koenig@ipw.rwth-aachen.de



Passend zum Weihnachtsfest und zum Jahreswechsel 2009/2010 wurden in der ZEIT unter dem Titel »Klassenkampf von oben« eine Reihe von Geschichten über den Sozialstaat erzählt, in denen das Christentum die Hauptrolle spielte.

Ulrich Greiner (12.11.2009) eröffnete den Reigen der Geschichten über den Sozialstaat, indem er das aristokratische Weltbild von Peter Sloterdijk mit Elementen aus der christlichen Glaubenslehre grundierte: Die Tugenden der Großzügigkeit und Mildtätigkeit, so meint Greiner, finden ihre wichtigste Stütze darin, dass sie für Wohlgefallen vor Gott sorgen. Außerdem sei Armut durchaus kein moralisches Verdikt.

Für den Theologen Johann Hinrich Claussen (19.11.2009) steht die christlich inspirierte Rede von der »Würde der Armut« allerdings im Verdacht, den Skandal der Armut eher zu rechtfertigen als zu bekämpfen. Claussen sieht das beste Mittel für die Verteidigung des Sozialstaats darin, sich ein genaues Bild von den Armen zu

machen. Die konkrete Anschauung, darauf setzt Claussen offenbar, wird die Tugend der Mildtätigkeit mobilisieren, die hinter dem Sozialstaat steht.

Sogar der marxistische Philosoph Alain Badiou (26.11.2009) erweist sich als gläubig. Weder die Armen noch das Proletariat sind willens, die Macht des Kapitals und der herrschenden Demokratie zu brechen. Da nirgendwo eine Bewegung mit umwälzender Tendenz in Sicht ist, setzt Badiou auf das »Unvorhergesehene«, also auf das Wunder.

Hauke Brunkhorst (10.12.2009) erzählt uns in der vierten Folge der Serie die Geschichten vom Untergang der Imperien durch die Ungleichheit. Die christliche Lehre wird dabei zur normgebenden Generierung: Der liebe Gott hält alle Menschen für gleich, und deswegen tun die Privilegierten gut daran, barmherzig und großzügig zu sein – andernfalls werden sie über kurz oder lang von der Rache der Entrechteten heimgesucht oder beim jüngsten Gericht für ihren Hochmut in die Hölle geschickt.

So viel Beschwörung christlicher Nächstenliebe und Wunderglaubens war lange nicht. Offenbar müssen wir die Krise des Sozialstaats darauf zurückführen, dass Gott tot ist, die »transzendente Heimatlosigkeit« (Lukács) unaufhaltsam fortschreitet und lauter Egoisten hinterlassen hat.

Boris Groys (17.12.2009) steuert die bizarre Erklärung bei, nach der der Sozialstaat eine besonders raffinierte Erfindung der vermögenden Klassen ist. Wie Rousseau in seinem »Diskurs über die Ungleichheit« (1755) im Staatsgründungsvertrag nichts als den getarnten Betrug der Reichen an den Armen erkennen wollte, so geht es nach Groys im Sozialstaat nicht um die Sicherung einer Gesellschaft von Freien und Gleichen, sondern um die Sicherung der Privilegien einer kleinen Oberschicht.

Nach Martin Mosebach (30.12.2009) ist es Demagogie und Hybris, in irdischen Zusammenhängen von Gerechtigkeit oder Barmherzigkeit zu sprechen. Mosebach zufolge liegt der Grund für den Sozialstaat im Übergang von der Fürsten- zur Volkssouveränität. Wo früher nur die Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie ausgehalten werden musste, haben wir es seit der Französischen Revolution mit vielen Millionen kleiner Soveräne zu tun, die nun alle ihr Recht auf Unterhalt reklamieren. Weil sich heute niemand traut, dem vielköpfigen volkssouveränen Ungeheuer ins Gesicht zu sagen, dass die Sache mit dem Unterhalt unbezahlbar geworden ist, hilft nur noch, die Volkssouveränität einzuschränken, ohne dass es jemand merkt. Und da sieht Mosebach die Europa-Spezialisten in Brüssel auf einem guten Weg.

Lutz Wingert (7.1.2010) mobilisiert gegen die sich abschottende »Allianz der Leistungsträger« die Ideale der Demokratie und der (Chancen-)Gleichheit. Freilich: Die »ganz Starken«, das sieht Wingert realistisch, haben sich aus dem demokratischen Gesellschaftsvertrag längst verabschiedet. Wingerts Argumente zielen auf die Angehörigen der Mittelschicht, die er in den aggressiven Chor der Leistungsträger einstimmen sieht. Ihnen prophezeit er: Ihr werdet schneller nach unten durchgereicht als ihr glaubt.

Jens Jessen (21.1.2010) schließlich, der die Artikelserie abschließt, flüchtet sich in

die Psychologie und weist darauf hin, dass es intellektuelle Aufsteiger sind, wie Bohrer oder Sloterdijk, die sich besonders intensiv an der geistigen Demontage des Sozial- und Steuerstaats beteiligen und damit ihre Herkunftsmilieus verraten.

Leistungen und Grenzen

Alles in allem: Diese Artikelserie bietet ein Bild, dass einem wirklich angst und bange werden kann, nicht nur um den Sozialstaat, sondern vor allem um das Niveau, in dem hierzulande über seine Leistungen, Grenzen, Zwänge und Begründungen diskutiert wird. Die meisten Beiträge sind von religiöser Konfusion ergriffen, und man fühlt sich zurückversetzt ins 17. Jahrhundert, als es in der Geschichte des politischen Denkens darum ging, ob nicht doch Überlegungen für eine wohlgeordnete Einrichtung der Welt geltend gemacht werden können, die nicht aus der Heiligen Schrift stammen, sondern mit guten und für jedermann nachvollziehbaren Gründen argumentieren.

Zunächst: Gibt es einen irdischen Kern der Probleme, vor denen der Sozialstaat heute steht? Offenbar nimmt die Zustimmung zu sozialstaatlichen Umverteilungen ab, ganz oben in der gesellschaftlichen Hierarchie sowieso, aber auch im Mittelstandsbauch, bei den mittleren 60 % der Einkommensverteilung. Die Nehmer sind nicht dankbar, sondern es liegen Meutereien und Aufstände »in der Luft« (Greiner). Und die Geber sehen bei den Nehmern nur noch die Trittbrettfahrer und Schmarotzer, die nichts zum Wohlstand der Nation beitragen, aber sich unglaublich geschickt und nutzenmaximierend verhalten, wenn es darum geht, den Sozialstaat zum eigenen Vorteil auszunehmen.

Der Sozialstaat setzt in seiner bisherigen Gestalt immer zwei Dinge als gegeben voraus. Erstens: dass es auf der Seite der Nehmer den Willen, die Bereitschaft und

die Befähigung zur Selbstsorge, d.h. zu Arbeit und zu geregelter Lebensführung gibt. Zweitens: dass auf dem Arbeitsmarkt eine entsprechende Nachfrage nach Arbeit vorhanden ist, dass die Empfänger der Transferleistungen also gesellschaftlich gebraucht werden. Beide Voraussetzungen treffen gegenwärtig nicht mehr zu.

So ist es zweifellos um den Sozialstaat nicht gut bestellt. Müssen wir aber zu seiner Verteidigung auf das Alte Testament oder auf die Lehren des charismatischen Wanderpredigers Jesus Christus zurückgreifen oder gibt es vernünftige, einsichtige und überprüfbare Argumente, die man für ihn in die Waagschale werfen kann?

Die Staatstheorie hat seit dem 17. Jahrhundert, seit Hobbes und Spinoza, viele gute Gründe für die Notwendigkeit politischer Ordnung gefunden. Verglichen damit ist die Begründung für den Sozialstaat längst nicht so überzeugend gelungen – sie

ist allerdings auch nicht sonderlich intensiv versucht worden. Die Begründungen des Sozialstaats hängen immer von der Antwort auf die Frage ab, was Politik generell soll und welche Aufgaben von der staatlichen Ordnung erledigt werden müssen. Da weichen die Meinungen in der neuzeitlichen Ideengeschichte nicht unerheblich voneinander ab. Aber alle Varianten enthalten gute Argumente, die man für die Einrichtung und Bewahrung des Sozialstaats stark machen kann. (Die folgende Übersicht orientiert sich grob an Wolfgang Kersting: *Kritik der Gleichheit.*)

Bewahrung des Sozialstaats

In der ersten Begründungsvariante steht die Sicherheit im Zentrum. Das ist das Argument von Hobbes: Wir brauchen den

Staat, weil nur er uns davor bewahren kann, dass wir zum Opfer eines gewaltsamen Todes werden. Deswegen stimmen wir der Einrichtung der politischen Ordnung zu und erklären uns bereit, ihre Regeln zu befolgen.

Man muss dieses Argument nur einen kleinen Schritt weiter führen, um vom Sicherheitsstaat direkt zum Sozialstaat zu kommen. Wenn der Staat die körperliche Unversehrtheit seiner Mitglieder zu schützen hat, dann kann das nicht nur für die Abwehr gewalttätiger Angriffe gelten, sondern muss sich gleichermaßen auf die Sicherung gegen materielle Notlagen beziehen. Der Staat hat für diejenigen zu sorgen, die unfähig sind, für sich selbst zu sorgen.

Die zweite Begründungsvariante betont die Bedeutung von Freiheit, Selbstständigkeit und Arbeit. Ein sinnvolles und erfülltes Leben hängt davon ab, dass man den Lebensunterhalt für sich und die Seinen mit eigener Arbeit sichert.

In dieser sozialliberalen und sozialdemokratischen Sicht muss der Staat zum Sozialstaat werden, weil es unverschuldete Notlagen gibt, in denen man nicht für sich selbst sorgen kann und auf die Hilfe anderer angewiesen ist. Diese Hilfe ist dann freilich strikt daran gebunden, dass ihre Empfänger so schnell wie möglich wieder für sich selbst sorgen. Hinzu kommt, dass Arbeit in diesem Konzept eine Schule der methodischen Lebensführung, eine Quelle der Selbstachtung und Anerkennung und das Bindeglied zwischen Einzelnem und Gesellschaft ist und in diesen Bedeutungen durch nichts ersetzt werden kann.

In der dritten Begründungsvariante, der republikanischen, hängt der Sinn des Lebens nicht an der Erwerbsarbeit und der Teilhabe am Marktgeschehen, sondern an der Fähigkeit zu politischem Handeln und zu demokratischer Partizipation. Politisch handeln und politisch partizipieren kann man aber nur, wenn nicht alle Lebensenergie auf die Frage verwendet werden

muss, wovon man sich und die Seinen morgen und übermorgen ernähren soll. Deswegen liegt es im elementaren Interesse der politischen Gemeinschaft, dass allen eine Grundsicherung zukommt, die es erlaubt, in Würde und Selbstachtung zu existieren und am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben.

Schließlich die vierte Begründungsvariante, die man mit der Gerechtigkeits-theorie von John Rawls in Verbindung bringen kann. Für Rawls ist ein politisches Gemeinwesen nur dann wohlgeordnet und stabil, wenn es dafür sorgt, dass die grundlegenden Freiheitsrechte für jedermann garantiert sind und die Ungleichheit in der Verteilung der Güter nicht allzu groß wird. Alle werden die entsprechenden Gerechtigkeitsgrundsätze einsehen und befolgen, weil jeder sich klarmacht, dass auch ihn das Los ereilen kann, zu denen zu gehören, denen es – unverschuldet – schlecht ergeht.

Zukunft der Arbeitsgesellschaft

Welche Begründungsvariante auch immer man favorisiert: Jede enthält bedenkenswerte und auf politischer Vernunft basierende Argumente dafür, den Sozialstaat zu erhalten und zu pflegen. Vermutlich ist die wichtigste Frage, über die eine breite gesellschaftliche Verständigung dringend nötig wäre, ob wir tatsächlich noch in einer Arbeitsgesellschaft leben (und leben wollen) oder ob uns die Arbeit längst ausgegangen ist und das nächste wirtschaftliche Wachstum das Problem mit den vielen »Überflüssigen« auch nicht wirklich beseitigt wird. Ist das Letztere der Fall, dann hat sich die Idee und Orientierungskraft einer Arbeitsgesellschaft der Freien und Gleichen erschöpft und mit ihr die bis heute vorherrschende sozialliberale und sozialdemokratische Begründung des Sozialstaats.